

Protokolleintrag vom 26.11.2008

2008/539

Postulat von Walter Angst (AL) vom 26.11.2008: Stadtküche, Alternativen zur Privatisierung

Von Walter Angst (AL) ist am 26.11.2008 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, Alternativen zur Privatisierung der Stadtküche zu prüfen und dem Gemeinderat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Begründung:

Mit der Beteiligung der Stadt Zürich an "menuandmore" und der Neuausrichtung der Stadtküche als Zulieferbetrieb für das mit dem Gastro-Konzern DSR gebildete PPP strebte der Stadtrat die mittelfristige Ausgliederung der Stadtküche aus der Stadtverwaltung an. Bei der Gründung von menuandmore war vorgesehen im Jahr 2007 über nächste Schritte zu entscheiden.

Heute ist noch nicht klar, wie der Stadtrat mit der Stadtküche und menuandmore weiter wirtschaften will (der Vorsteher des GUD hat eine Weisung angekündigt, die dem Gemeinderat im Frühling 2009 überwiesen werden soll). Unklar ist auch, ob eine Privatisierung der Stadtküche eine politische Mehrheit finden würde.

Offen ist weiter die Frage, welche Strategien der Stadtrat in Bezug auf die gastronomische Versorgung der Verwaltung, der Gemeindebetriebe und der vielen Betreuungseinrichtungen (Heime, Spitäler, Krippen, Horte, Schulen) verfolgt. Ein Beispiel dafür sind die Personalrestaurants und Cafeterias. Nachdem der menuandmore-Partner DSR die offenbar seit längerem bestehenden Verträge für den Betrieb der Personalrestaurants gekündigt hat, verabschiedete der Stadtrat am 16. April 2008 ein Gesamtkonzept für die Personalverpflegung in den Verwaltungsgebäuden der Stadt Zürich. Der Betrieb dieser Cafeterias soll dem Geschäftsbereich Arbeitsintegration der Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SES) übergeben werden. Das ERZ hat gleichzeitig beschlossen, seine Personal-Restaurants mit Temporärpersonal zu führen.

Vor weiteren Beschlüssen zur Zukunft der Stadtküche scheint es angezeigt, eine Auslegeordnung zu erteilen, in deren Rahmen auch Alternativen zur Privatisierung geprüft werden.

Mitteilung an den Stadtrat.